



INDUSTRIE- UND FINANZKONTOR

WEALTH PRESERVATION EXPERTS

NEWS

Juli 2020

Inhaltsverzeichnis

- Ein weltumspannendes Vermögensregister
- «Whatever it takes»

RISKANTES SPIEL MIT DER ZUKUNFT

Das neue Jahrzehnt hat mit Covid-19 deutlich gemacht, dass alles möglich und nichts unveränderlich ist. Von einem Tag auf den anderen wurden offene Grenzen geschlossen und das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wurde zum Stillstand gebracht – weltweit. Ein paar Monate später sehen wir uns einer neuen Realität gegenüberstehen, die Folgen der Krise werden deutlich sichtbar.

Covid-19 hat zu einer grossen Verunsicherung in der Gesellschaft geführt. Die Gefahr von Seuchen ist plötzlich wieder real. Um eine mögliche Ansteckung mit dem Virus zu vermeiden, ist man zu Konzessionen bereit. Über den Globus verteilt wird die Privatsphäre gelockert, um im Gegenzug über Apps eine etwas grössere Sicherheit zu erhalten. Milliardenhilfen werden stillschweigend hingenommen, auch wenn ungewiss ist, wie man sie in der Zukunft finanzieren und zurückzahlen soll. Die Frage nach den mittel- und langfristigen Konsequenzen wird im Moment nicht akzeptiert. Sie wird als Zeichen eines mangelnden Gemeinschafts sinns gewertet. Dennoch muss es gestattet sein, sie zu stellen.

In Zeiten von Covid-19 gilt Solidarität als oberstes Gebot der Stunde. Dies soll den Zusammenhalt und das Vertrauen in der Gesellschaft stärken und helfen, diese Zeiten besser zu überwinden. Problematisch wird es aber dann, wenn Solidarität dazu genutzt wird, um bürgerliche Grundrechte zu unterlaufen, Bürokratie auszubauen, Unternehmertum zu behindern oder die Demokratie zu schwächen, beziehungsweise mithilfe des Virus und dem Ruf nach Solidarität die Kontrolle über den Einzelnen zu erhöhen. Denn ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass temporäre Massnahmen zum Dauerzustand mutieren können. Paradoxe Weise wird Solidarität aber dann ausser Acht gelassen, wenn es um die Zukunft der jüngeren Generationen geht, die die finanziellen und anderen Konsequenzen tragen werden

müssen. Könnte die Bedrohung durch das Virus unter Umständen mittel- und langfristig von den Konsequenzen der Massnahmen, die wegen des Virus ergriffen werden, in den Schatten gestellt werden?

Um eine mögliche Ansteckung mit dem Virus zu vermeiden, ist man zu Konzessionen bereit.

Wir alle – ob Jung oder Alt, Privatperson, Familie, Unternehmer, Wirtschaftsführer oder Politiker – sollten uns mit den Folgen der mit dem Virus initiierten Krise auseinandersetzen und dann entscheiden, welches langfristig der richtige Weg ist: Einschränkungen, Kontrolle und Fremdbestimmung oder Unternehmertum, Vertrauen und Selbstbestimmung? Es ist an der Zeit, sich stärker denn je mit diesen Werten zu befassen und unsere Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme derart auszurichten, dass auch kommende Generationen Perspektiven haben und die Zukunft unter dem Einfluss des Virus nicht unnötig verspielt wird.



Gisela von und zu Liechtenstein
Mitglied der Geschäftsleitung

EIN WELTUMSPANNENDES VERMÖGENSREGISTER

Unauffällig entwickelt sich ein Megaprojekt, das weitreichende Konsequenzen haben und einen signifikanten Eingriff in die finanzielle Privatsphäre eines jeden Einzelnen darstellen wird. Die Rede ist vom Global Asset Registry, das unter der Leitung der Ökonomen Joseph Stiglitz, Thomas Piketty und Gabriel Zucman vorangetrieben wird. Deren Vision ist es, den verborgenen Reichtum der Nationen aufzuspüren. Mit welchen Konsequenzen?

Mehr Gleichheit und Gerechtigkeit

Stellen Sie sich vor, alles, was Sie besitzen und erwerben, fließt unter Angabe Ihres Namens, Ihres Wohnorts und Ihrer Steuernummer in ein Vermögensregister ein. Weltweit kann jeder Einsicht nehmen und die Informationen zu Ihren Besitztümern abrufen. Was halten Sie davon?

Unter der Leitung der *Independent Commission for the Reform of International Corporate Taxation* (ICRICT), der Piketty sowie Stiglitz und Zucman angehören, wird an einem weltumspannenden, zentral geführten Vermögensregister gearbeitet. In einem ersten Global Asset Registry Workshop, der im Juli 2019 in Paris stattfand, wurden zahlreiche Ideen dafür gesponnen. Grundstücke, Häuser, Wohnungen, anderer Immobilienbesitz, Autos, Bankkonten, Lebensversicherungen, Safeinhalte – ausnahmslos alle Arten von Vermögen könnten langfristig in dieses Register einfließen, das möglichst uneingeschränkt beziehungsweise öffentlich zugänglich sein soll.

In der *Roadmap for a Global Asset Registry* (GAR) argumentiert die ICRICT das Projekt damit, dass die herrschende Vermögensungleichheit eine ernsthafte Gefahr für Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie darstelle. Worin diese Gefahr genau besteht, führt sie nicht aus. Aber die Lösung sieht sie in der lückenlosen Offenlegung von Vermögensbesitz. Die ICRICT gesteht zwar ein, dass das effektive Ausmass der Vermögensungleichheit unbekannt ist. Sie erhofft sich aber, mit dem GAR einen verborgenen Reichtum an die Oberfläche bringen und dann das Ausmass der Vermögensungleichheit aufzeigen zu können. Dazu will sie die über das GAR zu erhebenden Vermögensdaten mit jenen verknüpfen, die bereits über existierende Instrumente gesammelt werden – beispielsweise dem Common Reporting Standard, dem Begünstigungsregister oder dem Country-by-Country-Reporting – oder die in anderen nationalen Registern enthalten sind. Allfällige weitere Daten könnten dann in einem späteren Schritt zusätzlich erhoben werden. In diesem Projekt wird es als zielführend erachtet, Vermögensbesitz möglichst bis zu seinem Ursprung zurückverfolgen zu können.

Im Sinne des Gemeinwohls

Das Streben nach umfassender Vermögenstransparenz begründet die ICRICT damit, dass sie einen «gebrochenen Gesellschaftsvertrag» wiederbeleben wolle, nach dem Privateigentum nur Schutz vor dem Gesetz erhält, wenn als Gegenleistung Eigentumsverhältnisse offengelegt und geltende Steuern gezahlt werden. Die Begründung deutet darauf hin, dass sie einem «Contrat Social» nacheifert, bei dem der Gemeinwille und das Gemeinwohl über allem stehen und individuelle Rechte und Güter diesem Gemeinwillen und Gemeinwohl unterzuordnen sind. Ungleichheit von Besitz wird zur Ungleichheit unter den Menschen, scheint die Überzeugung zu sein. Im Umkehrschluss bedeutet das aber, dass für individuelle Handlungs- und Entscheidungsfreiheiten und auch für Eigentumsrechte kein Raum mehr bestünde.

Mit dem Streben nach umfassender Vermögenstransparenz soll ein gebrochener Gesellschaftsvertrag wiederbelebt werden.

Politische Entscheidungsträger sind eine wichtige Zielgruppe. Ihnen möchte die ICRICT eine Grundlage liefern, um – wie in der GAR-Roadmap ausgeführt wird – eine Diskussion über den gewünschten Grad der Ungleichheit zu erleichtern und eine angemessene Besteuerung zu unterstützen. Im Weiteren sieht die ICRICT das GAR als Instrument, um Kriminalität und Machtmissbrauch zu unterbinden; Steuerbehörden oder Bürger korrupter Staaten sollen gegen ihre Regierungen vorgehen können. Der Vorteil für Normalbürger oder Wirtschaftstreibende wird mit der vollumfänglichen Transparenz und der daraus resultierenden Annehmlichkeit argumentiert, in Zukunft beispielsweise bei Steuererklärungen nur noch die Unterschrift leisten zu müssen. Die Angaben zu Hab und Gut wären bereits zentral gespeichert.

Welche Rolle spielt Covid-19?

Die Argumentation des Projekts stützt sich über weite Strecken auf Schätzungen und Vermutungen. Es folgt der weit verbreiteten Annahme, dass die «Reichen» immer reicher und die «Armen» immer ärmer würden, weil ein gewisser Prozentsatz des weltweiten Vermögens auf einen gewissen Prozentsatz der Bevölkerung entfällt und dieser Prozentsatz ausschlaggebend für alle gesellschaftlichen Probleme und Ungerechtigkeiten sei. Darauf baut die Vorstellung, dass Gerechtigkeit sich dann einstellt, wenn alle gleich viel haben. Doch geht es nicht viel eher darum,

dass Menschen aus der Armut herausgelangen können und überhaupt die Chance auf eine positive Entwicklung ihres Lebensstandards haben, anstatt dass alle gleich viel oder im Umkehrschluss gleich wenig haben? In Diskussionen über Reich und Arm wird oft nicht berücksichtigt, dass sich die Armut in den vergangenen Jahrzehnten weltweit wesentlich verringert hat, wie Erhebungen der Weltbank und anderer Organisationen bestätigen, und dass der Lebensstandard heute allgemein deutlich höher liegt.

Die wegen Covid-19 initiierten Massnahmen allerdings könnten die positive Entwicklung im Bereich der Armut unterbrechen, sie werden nachhaltig Spuren in Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen. Über den Globus verteilt wird sich die soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wohlstandsentwicklung abschwächen und Armut wieder ansteigen lassen. Das Virus wird da und dort auch dazu verleiten, die Einschränkung von Grundrechten beizubehalten und die Kontrolle über Bürger zu verstärken. Stellt man diese Entwicklungen den mit dem GAR angestrebten Zielen gegenüber, zeigt sich ein komplexes Zukunftsbild: Die Möglichkeiten, das Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, werden schwinden. Das Recht, rechtmässig erworbenes Eigentum zu besitzen, zu nutzen, darüber zu verfügen und es weiterzuvererben, wird schrittweise beschränkt werden. Behörden und zentral geprägte Organisationen hingegen werden einen grösseren Handlungsspielraum erhalten.

Was heisst das für die Zukunft?

Die Welt bewegt sich in einem herausfordernden Zeitalter. Der Anspruch auf Gleichheit und Gerechtigkeit blendet aus, dass in einer Welt, in der alle gleich sind, kein Fortschritt mehr entstehen kann. Um es mit den Worten von Friedrich A. von Hayek zu verdeutlichen: «Eine soziale Marktwirtschaft ist keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit.» Warum? Weil mit dem Wort «sozial» persönliche Freiheitsrechte schrittweise aberkannt werden.

Ob und wie sich das GAR-Projekt wirklich etablieren wird können, hängt letztlich davon ab, wie sehr sich die Politik, insbesondere der westlichen Demokratien, an rechtsstaatliche Prinzipien halten wird – denn ein solches Projekt greift das Prinzip des Rechtsstaats und Personenrechts an. Und auch, wie bewusst sich jeder Einzelne der Gefahren wird, die von einer solch umfassenden Transparenz ausgehen. Ein weltumspannendes Vermögensregister würde weder Kriminalität zum Erliegen bringen, noch die

Kluft zwischen Arm und Reich schliessen oder Ungleichheit beseitigen. Vielmehr würde es grundlegende Menschenrechte ad absurdum führen und jeden Bürger zur Schau stellen. Sozialer Fortschritt und gesellschaftlicher Wohlstand würden zerstört, weil privates Vermögen zerstört würde.

Der Anspruch auf Gleichheit und Gerechtigkeit blendet aus, dass in einer Welt, in der alle gleich sind, kein Fortschritt mehr entstehen kann.

Realismus statt Klischees

In der GAR-Roadmap wird auch argumentiert, dass Offshore-Strukturen über Stiftungen oder Trusts die Existenz von Vermögenseigentum verborgen hielten und der Steuerhinterziehung, Steuerumgehung oder Finanzdelikten einen fruchtbaren Nährboden bieten würden. Hier scheinen die Urheber die Entwicklungen der letzten Jahre auf dem Gebiet der Steuerkonformität und der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung willentlich zugunsten ihres Projekts zu negieren.

Der Sinn und Zweck von Stiftungen, Trusts oder anderen Rechtsformen liegt darin, Vermögenswerte derart zu organisieren, dass sich damit unternehmerische, familiäre oder gemeinnützige Ziele und Vorhaben umsetzen lassen. Dies setzt aber voraus, dass Vermögen erhalten bleibt und geschützt wird, beispielsweise vor den Gefahren, die sich aus gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen aufbauen. Stiftungen und Trusts sind Instrumente, mit denen Vermögenswerte langfristig erhalten und einem Zweck entsprechend ausgerichtet werden können – damit auch kommende Generationen eine Perspektive haben.

Die I&F-News erscheinen in loser zeitlicher Abfolge, immer dann, wenn es etwas Relevantes und Interessantes zu berichten gibt. Die I&F-News können online unter folgendem Link aufgerufen werden: www.iuf.li > Publikationen (entsprechendes Jahr auswählen).

Sie möchten die I&F-News nicht mehr erhalten? Über die auf der letzten Seite angeführten Kontaktmöglichkeiten können Sie uns dies mitteilen. Unsere Informationen zum Datenschutz finden Sie auf www.iuf.li > Datenschutz.

«WHATEVER IT TAKES»

Rund 6 Bio. US-Dollars in den USA, knapp 1 Bio. US-Dollars in Japan und circa 500 Mrd. Euro allein von der Europäischen Kommission, wozu noch die Unterstützungssummen der einzelnen Mitgliedsstaaten kommen – dies sind nur ein paar der Summen, die weltweit in Konjunkturprogramme fliessen, um die durch Covid-19 ausgelöste Wirtschaftskrise zu mildern. Denn Schätzungen der OECD besagen, dass die Corona-Krise die Wertschöpfung in den Industrieländern um etwa 25% verringern wird.

Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge belief sich 2019 die weltweite, öffentliche Verschuldung auf 83% der Wirtschaftsleistung. Schätzungen zufolge wird sich diese Quote 2020 gegen 100% bewegen. Die Konjunkturprogramme der G20-Länder belaufen sich bereits auf fast 10% im Verhältnis zum BIP 2019. Gleichzeitig bewirken die Massnahmen zur Eindämmung von Covid-19 einen Angebots- und Nachfrageschock. Für 2020 rechnet der IWF beispielsweise mit einem Einbruch der Weltwirtschaft um 3%. Effektiv gültige Zahlen zu nennen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Die Herausforderungen

Das Dilemma liegt nun darin, dass sich einerseits grosse Schuldenberge auftürmen und andererseits Einnahmenquellen stocken. Der IWF weist bereits darauf hin, dass Regierungen zwar durchaus grosszügig sein sollen in dieser Zeit, aber auch eine saubere Buchhaltung führen sollen – denn irgendwann kommt der Tag der Abrechnung. Und das Virus ist noch nicht überwunden. Die Situation wird verschärft von einer Geldpolitik, die heute funktionieren mag, weil derzeit keine unmittelbare Inflationsgefahr besteht. Auf mittelfristige Sicht aber erhöht sie die Gefahr der Marktverzerrung und Blasenbildung in Sachwerten. Und die Leitzinsen von FED und EZB bewegen sich bereits um den Nullbereich. Damit wird Sparern und Vorsorgesystemen die Grundlage entzogen, Kapital aufzubauen. Zudem werden die Kriterien der Ankaufprogramme für Risikopapiere gelockert. Mit der Finanzkrise sind die Bilanzen der Notenbanken kontinuierlich aufgebläht worden, nun setzt sich dieser Gang fort.

Verknüpft man die geldpolitische Lage mit der schrumpfenden Wertschöpfung, den schnell anwachsenden Staatsschulden und berücksichtigt man dabei noch die Verschuldungsquote der Unternehmen und Privathaushalte, so zeigt sich

ein sehr zerbrechliches Zukunftsbild. Denn mit den aktuellen Manövern engen sich FED und EZB ihren Gestaltungsspielraum immer mehr ein, so dass sie, wenn sich die Verschuldungsspirale nicht mehr drehen kann, handlungsunfähig sein werden.

Vorausschauend planen

In diesem Umfeld ist es wichtig, mit Bedacht zu agieren. Irgendwann werden Staaten das Geld, das sie jetzt ausgeben, wieder einnehmen müssen. Sie werden nicht umhinkommen, die Einnahmenquellen auszubauen. Bereits werden neue Steuerarten und Abgaben diskutiert. Auch der regulatorische Druck wird zunehmen und der Druck auf «offshore», mittlerweile ein Synonym für private Vermögen, wird sich weiter verschärfen. Die Realisierung eines weltumspannenden Vermögensregisters ist zwar noch in weiter Ferne, aber es zeigt doch eine Richtung an, in die die Welt sich entwickelt. Es gilt deshalb, vorzusorgen und das eigene Vermögen vorausschauend zu planen und zu strukturieren, damit es gegen die zukünftigen Herausforderungen aller Art abgesichert ist.

Damit eine Vermögensstruktur langfristig und über Ländergrenzen hinweg hält, muss sie den langfristigen Zielen, Anforderungen und Lebensumständen einer Familie entsprechen und gleichzeitig auch die relevanten gesetzlichen, regulatorischen, steuerlichen, wirtschaftlichen und unternehmerischen Erfordernisse berücksichtigen. Jede Vermögenssituation ist anders. Deshalb ist es wichtig, dass eine Vermögensstruktur passgenau auf den Kunden zugeschnitten und dennoch derart flexibel ausgestaltet ist, dass sie auch in der Zukunft an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst werden kann.



*Anton von Seilern-Aspang
Mitglied der Geschäftsleitung*